

# Laibacher Zeitung.

Nr. 1.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 2. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal fl. 1.20; sonst pr. Zeile 1m. 8 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1873.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Dezember v. J. dem Sectionsrath im Ministerium für Landesverteidigung Karl Stadler v. Wolfersgrün den Titel und Charakter eines Ministerialrathes mit Rücksicht der Tugenden allergnädigst zu verleihen geruht.

Horst m. p., Oberst.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. J. E. Utig und Bernard Foges die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Agentur und Creditbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 29. Dezember 1872 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXIII. Stück des Reichsgesetzblattes — vorläufig bloss in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 170 die Concessionsurkunde vom 10. November 1872 für die Actiengesellschaft der privilegierten Kaiserin-Elisabeth-Bahn zum Bau und Betrieb einer aus Oberflörmarm nach Salzburg und Nordtirol führenden Locomotiv-Eisenbahn. (Wz. Bzg. Nr. 298 vom 29. Dezember.)

Am 31. Dezember 1872 wurde in deutschem und slowenischem Texte ausgegeben und versendet:

Landesgesetzblatt für das Herzogthum Krain. Jahrgang 1872. XIV. Stück.

Inhalts-Übersicht:

Nr. 36.

Rundmachung des k. k. Landespräsidenten für Krain vom 18ten Dezember 1872, Z. 8825, betreffs der Festsetzung der Militär-Durchzugsgebühr in Krain für den Zeitraum vom 1. Jänner bis einschließlich 31. Dezember 1873.

Laibach, am 2. Jänner 1873.

Vom k. k. Redactions-Bureau des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur Wahlreform.

Die Tage der kirchlichen und Familienfeste sind vorüber, das Jahr hat sich gewendet, die tiefe Festtagsruhe, die sich in den zuletzt abgewichenen acht Tagen auf allen Gebieten breit machte, ist gewichen, um der bevorstehenden lebhaften politischen Action Platz zu machen. Allein die Tage dieser politischen Ruhe waren nothwendig, sie haben nicht wenig zur Klärung der politischen Anschauungen beigetragen. In diesen Tagen der Ruhe hat sich der Geist gesammelt, er hat sich in dem Rückblicke auf die jüngsten Vorgänge lebhaft der Gegenwart erfreut und an der Hand der Erfolge, welche diese schon gebracht, der nächsten Zukunft voll Hoffnung entgegengesehen.

Die „Neue Wochenschrift“ constatirt mit besonderer Befriedigung: „daß es der Wahlreform-Entwurf der Regierung war, der den Ausgangspunkt hoffnungsfreudiger Rundgebungen der Verfassungspresse bildet. Was wir jüngst ausgesprochen, unsere feste Ueberzeugung von dem Entstehen der gesammten Verfassungspartei für das auf diesem Gebiete heute Erreichbare, liegt in dem Einklange der verfassungstreuen Organe heute verkörpert vor uns. Selbst jene fortgeschrittenen Elemente, die im theoretischen Radicalismus die von der Regierung aufgestellten Grundprinzipien anfänglich zurückwiesen, haben sich jetzt schon der besseren Erkenntnis nicht verschlossen, und einer der hervorragenden Vertreter dieser Richtung hat in einem ganz dickleibigen Feste sogar den Beweis erbracht, daß der Regierungsentwurf in manchen Punkten besser sei, als jene, die vorangegangen.“

Das genannte Wochenblatt fährt fort: „Während sich die Partei immer enger um den Wahlreformentwurf der Regierung schart, lassen sich einige Organe die Nähe nicht verdrängen — sich die Köpfe der Verfassungsgegner zu zerbrechen. Es gibt einzelne Elemente, die den Gedanken an die Stärke ihrer eigenen Partei nicht fassen können und die mit Vorliebe überall Gespenster wittern. Wir meinen darunter jene, die der Stellung der Polen zur Wahlreform eine besondere Bedeutung beilegen und denen diese Fraction noch immer als der Stein erscheint, an dem möglicherweise das ganze Verfassungswerk zerschellt. Einer solchen Auffassung der Situation liegt eine sehr niedere Auffassung der ganzen, von der Regierung eingeleiteten Action zugrunde. In dieser ist gewiß jeder Schritt zu wohl erwogen, jede

Eventualität zu genau festgestellt, als daß ein Widerstand von verfassungsgegnereischer Seite das Werk hindern könnte. Rame es auf den bloßen Willen der Polen an, sie wären in der That die Ersten, die dem Reformwerke ein Bein stellten, allein die Polen wissen genau, daß ihre Stimme nicht numerisch und nicht politisch ins Gewicht fällt. Man nimmt hier gewisse journalistische Enunciationen von dieser Seite viel zu ernst. Die polnische Presse ist keine Parteipresse im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern jedes Organ repräsentiert mehr oder weniger eine kleine Coterie, die hinter ihm steht, wenn nicht die Anschauungen des Journal-Eigenthümers allein. Soll hier vielleicht daran erinnert werden, wie oft die ultranationalen Organe, die „Gazeta Narodowa“ voran, gegen den Eintritt der Polen in den Reichsrath, donnerten, wie sie bei jedem, noch so geringfügigen Anlasse den Strike kategorisch forderten, während der Polenklub ruhig und besonnen den entgegengesetzten Weg einschlug! Und jetzt sollte man die Gravaden derselben Organe ernst nehmen? Mit diesen nimmt man die Sinne jener Minorität in Galizien gefangen, die zur ultranationalen Fahne schwört, während die polnischen Matabore selbst sehr gut wissen, daß auf diesem Wege ihrer neue Enttäuschungen, neue Niederlagen, ja möglicherweise das Ende ihrer künstlich aufgebauten Herrschaft in Galizien harret. Was soll man vollends zu der absurden Meldung sagen, die Czechen würden sich mit den Polen im Reichsrathe zum Sturze der Wahlreform vereinen? Welche Czechen? Wohl jene, die schon vor Monaten ihrer Mandate infolge Nichtausübung derselben verlustig wurden? Mit solchen Combinationen zerbrechen sich, wie schon bemerkt, einige Organe factisch die Köpfe der Verfassungsfeinde. Wir, die Verfassungspartei, haben dafür zu sorgen, daß kein Mann sich dem Abschlusse des großen Werkes ferne halte. Wollen die Verfassungsfeinde dann auf parlamentarischen Boden mit parlamentarischen Mitteln Sturm laufen, die genannte Verfassungspartei könnte dies nur willkommen heißen. Den Gang der Ereignisse werden die Gegner nicht aufhalten können und der Verfassungsgebanke erreicht dann einen doppelten Sieg: die Annahme der Wahlreform und die Unterwerfung der Verfassungsgegner unter die Verfassung.“

Dr. Max Menger spricht sich in einer vor kurzem erschienenen Broschüre über die durch die Realisirung des ministeriellen Wahlreformentwurfes sich muthmaßlich ergebende Zusammensetzung des direct gewählten Abgeordnetenhauses in nachstehender Weise aus:

„In der Curie des Großgrundbesitzes kann die Verfassungspartei auf 25, die Partei der Verfassungsgegner auf 24 Sitze rechnen. 35 Mandate dieser Wählergruppe stehen bei energischer Anwendung der jedem Ministerium zu Gebote stehenden Mittel zur Verfügung des jeweiligen Ministeriums.“

In der Wählergruppe der Städte und Handelskammern können die Verfassungstreuen muthmaßlich auf 78, die Verfassungsgegner auf 37 Mandate rechnen, 5 Mandate dürften nicht im festen Besitze einer Partei verbleiben. In der Wählergruppe der Landgemeinden können die Verfassungstreuen muthmaßlich auf 40, die Verfassungsgegner auf 66 Mandate rechnen. 13 Mandate dürften nicht in den festen Besitz einer Partei gelangen. Von den nicht „festen“ 5 städtischen und 13 ländlichen Mandaten dürften 4 städtische und 10 ländliche Mandate zur Verfügung der jeweiligen Regierung stehen.

Hienach stellt sich das Gesamtbild wie folgt: Von 323 Mandaten dürften etwa 143 in den festen Besitz der Verfassungspartei, 127 in jenen der Verfassungsgegner gelangen. 53 Mandate sind beiden Parteien erreichbar. Von diesen 53 Mandaten dürften mit Rücksicht auf Chabrus-Actionen, Pression der Beamten u. s. w. zum mindesten 49 Mandate zur Verfügung der jeweiligen Regierung stehen.“

Auf Grund dieser Ziffern folgert die Broschüre nachstehende Schlüsse: „Die Passer'sche Wahlreform sichert allerdings die Verfassungspartei vor einer föderalistischen Zweidrittel-Majorität. Denn selbst wenn ein föderalistisches Ministerium alle 53 Mandate, die nicht im festen Besitze einer Partei sich befinden dürften, gewänne, würde einer föderalistischen Majorität von 180 eine verfassungstreue Minorität von 143 gegenüberstehen, welche auch durch den Abfall aller ruthenischen und masurenischen Bauerndeputierten nur auf 131 herabsänke (während die Eindrittel-Minorität erst bei 107 Stimmen begänne).“

Unter einem verfassungstreuen Ministerium würde eine verfassungstreue Majorität von 190 bis 196 einer föderalistischen Minorität von 127 bis 137 gegenüberstehen.

Dagegen ist es offenbar, daß das Hautübel, an dem unser Verfassungsleben bisher litt, der Wechsel der Parlamentsmajorität je nach dem Willen des jeweiligen Ministeriums nicht aufhören würde. Die absolute Majorität bei der Gesamtzahl von 323 Abgeordnetenmandaten beträgt 162. Die Verfassungspartei muß zu den in ihrem festen Besitze befindlichen (143) Mandaten noch mindestens 19, die föderalistische Partei zu ihren (127) Mandaten noch mindestens 35 erwerben, um die Majorität zu besetzen. Das jeweilige Ministerium dürfte aber über 49 Mandate disponieren. Es hat daher das jeweilige Ministerium, ein zweiter Hohenwart so gut wie ein zweiter Kuersperg, die Möglichkeit, nach Belieben eine ihm gefällige Parlamentsmajorität zu schaffen.

Die entscheidende Majorität würden auch in Zukunft die (35) Stimmen des böhmischen, mährischen, oberösterreichischen Großgrundbesitzes geben. Noch immer wäre daher Bagabund in der Leitung von Chabrus-Actionen die weitaus wichtigste Eigenschaft eines leitenden österreichischen Staatsmannes. Die Chabruswirtschaft mit ihrem das ganze constitutionelle Leben Oesterreichs tief demoralisierenden Gefolge bleibe nach wie vor aufrecht.

Diese überaus schweren Mängel zu beseitigen, wird Aufgabe der Verfassungspartei sein. Herabsetzung der Zahl der Vertreter des Großgrundbesitzes oder doch Einführung des Ford Russell'schen Abstimmungsverfahrens in dieser Wählergruppe, dann Verstärkung der Vertreterzahl der verfassungstreuen Landgemeinden, endlich sachkundiges Vorgehen bei Eintheilung der Wahlbezirke wären hier insbesondere ins Auge zu fassen.“

### Die Enthüllungen Gramonts

betreffend die Haltung Oesterreichs zur Zeit des Ausbruches des preussisch-französischen Krieges beschäftigen die in- und ausländische Presse in hohem Grade.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt:

„Die angeblichen Enthüllungen des Herrn Herzogs von Gramont, mit welchen sich die Journale in letzter Zeit viel beschäftigt haben, finden in der französischen Presse selbst nachstehende Beurtheilungen, welche die Aeußerungen des Herrn Herzogs richtigstellen. Das „Journal des Debats“ vom 24. d. M. bemerkt, daß, da Herr von Gramont zum Beweise seiner Angaben kein officiell Document vorbringt, die Grafen Beust und Andrassy keine Antwort zu geben hätten. Eine Regierung führe keine Polemik und wechsele nicht Dementis mit einem einfachen Privatmanne, wenn derselbe auch — hélas! — sagt das pariser Blatt dazu — Botschafter gewesen sei. Höchstens könnte die officielle „Wiener Zeitung“ einige Erklärungen bezüglich eines Documentes, das vorzubringen wäre, geben; aber, wie gesagt, es gäbe hier kein Document, sondern nur eine einfache und reine Behauptung. Man hätte übrigens unrecht zu glauben, daß das Schreiben des Herrn von Gramont in der diplomatischen Welt eine so große Sensation hervorgebracht habe, wie dies gewisse Blätter behaupten; man habe es hier nur mit einem bonapartistischen Mandover zu thun, wodurch sich kein vernünftiger Mensch wird täuschen lassen.“

In der Nummer vom 25. d. M. läßt sich das „Journal des Debats“ folgendermaßen vernehmen:

„Das Schreiben des Herzogs von Gramont konnte in Oesterreich nicht unbeachtet vorübergehen. Alle wiener Blätter beschäftigen sich damit und haben für den gewesenen napoleonischen Minister keine Schonung. Wie uns von dort gemeldet wird, ist man über den provocierenden Ton erstaunt und entrüstet, in welchem der unglückliche Diplomat gegen Herrn Thiers, der in seinen Angaben über die Haltung Oesterreichs nur notorische und vollständig festgestellte Thatfachen mitgetheilt hat, ein Dementi schleudert. Man fragt sich, was denn das für ein geheimnisvolles Document sein könne, auf das sich Herr von Gramont stützt und aus dem er sogar eine Phrase zu citieren scheint. Die in solchem Falle und namentlich, wo es sich um eine parlamentarische Regierung handelt, vertrauenswerthen Documente sind die officiellen Depeschen des Ministers des Auswärtigen, seine Instructionen an die diplomatischen Agenten, die Berichte derselben u. s. w.; Privatbriefe, vertrauliche Conversationen können eine durch verantwortliche Minister repräsentierte Regierung nicht engagieren. Die Documente aber, die Oesterreichs Verhalten Frankreich gegenüber feilschen, existieren; sie sind in der vierten Lieferung des österreichischen Rothbuchs enthalten und stimmen vollständig mit den Erklärungen des Herrn Thiers überein. Jene Lieferung, die zu einer Zeit — Dezember 1870 — erschien, als Frankreich des Krieges und Pa-



ris der Belagerung halber keine Notiz davon nahm, verdient die höchste Beachtung, denn sie enthält nicht nur über die Stellung Oesterreichs, sondern auch über das Verhalten der andern Mächte höchst werthvolle, präcise Aufschlüsse. Unser Correspondent sagt in dieser Richtung, daß es hoch an der Zeit sei, den ewigen Zweideutigkeiten über die österreichisch-französische Allianz ein Ende zu machen, die von der bonapartistischen Partei absichtlich unterhalten würden. Wohl sei in den letzten Jahren vor 1870 eine solche Allianz in den hohen politischen Kreisen in Wien besprochen worden; zunächst habe man aber diese Combination nur als eine sehr fern liegende Eventualität betrachtet, und dann sei der Gedanke daran in keiner Weise aus irgendwelchem Grolle gegen Preußen und aus dem Wunsche nach einer Revanche hervorgegangen. Die Allianz mit Frankreich sei dem wiener Cabinet vom Standpunkte des europäischen Gleichgewichtes aus wünschenswerth erschienen, eine ganz natürliche Situation für Oesterreich, das damals eifrigst an seinem Reorganisationswerke arbeitete, zu dessen Vollendung ihm noch mehrere Jahre der Ruhe nöthig waren. Herr von Gramont, der schon längere Zeit als Botschafter in Wien verweilt, hätte hievon aufs genaueste unterrichtet sein müssen; es seien ihm alle Mittel zu Gebote gestanden, um die eigentlichen Absichten der österreichischen Regierung zu erfahren. Graf Andrassy habe ihm zu wiederholtenmalen mitgetheilt, daß Frankreich, wenn es Preußen angreife, auf österreichischen Beistand nicht zählen könne. Diese Offenheit habe dem Herrn v. Gramont misfallen und er habe seitdem Begünstigungen und Besprechungen mit dem Grafen vermieden. Als der Herzog als Minister den nächstbesten Vorwand zum Kriege gegen Preußen ergriff, habe diese Ueberstürzung in Wien tiefes Erstaunen hervorgerufen. Selbst jene, die eine französische Allianz wünschten, hätten die Sache nicht so aufgefaßt. Das überraschte wiener Cabinet sei aufs äußerste bemüht gewesen, die französische Regierung von ihrem verderblichen Entschlusse zurückzubringen, und habe sie nicht einen Augenblick im Zweifel über das Verhalten Oesterreichs gelassen."

Das „J. des Debats“ läßt nun als Beweise für die Richtigkeit seiner Angaben Auszüge aus dem Rothbuche folgen. So die Berufung auf die wiederholt gegebenen Warnungen und die unumwunden ausgesprochene Absicht, sich streng neutral halten zu wollen, so die zwischen dem Fürsten Metternich und dem Grafen Beust gewechselten Depeschen, die abermals ein helles Licht auf die erwählten Bemühungen der österreichischen Regierung werfen; so die Depeschen, welche von den in Berlin und Madrid gemachten Schritten des Grafen Beust behufs der Zurücknahme der hohenzoller'schen Candidatur sprechen, und das bekannte Circular, das Graf Beust nach dem 19. Juli, an welchem Tage die Kriegserklärung in Berlin notificiert wurde, an alle Repräsentanten Oesterreichs im Auslande erließ, in welchem die Bemühungen des k. und k. Cabinets zur Erhaltung des Friedens recapituliert wurden und die Einhaltung der strengsten Neutralität seitens Oesterreichs neuerdings betont wurde.

Herr v. Gramont — fährt das „Journal des Debats“ fort — konnte also schon vom 20. Juli an über die Absichten Oesterreichs nicht im entferntesten im Unklaren sein und sich irgend einer Illusion hingeben. Das Blatt hebt noch hervor, wie der militärische Botschafts-Attaché Oesterreichs in Paris die Situation von vornherein ganz richtig erkannt und Frankreichs Niederlage vorhergesagt hatte.

Auf diplomatischem Gebiete sei Oesterreich jedoch

nicht unthätig gewesen und habe sich inmitten der allgemeinen Abspannung, die platzgriff, thätig um die Interessen Europas bemüht. Die bezüglichen Depeschen werden ihrem ganzen Inhalte nach citiert, worauf es schließlich heißt:

„Wir könnten, wenn der Raum es uns gestattete, diese Citate noch sehr vervielfältigen; aber wir glauben, daß das Gegebene hinreicht, um sich in der Debatte, zu der das Schreiben des Herzogs von Gramont Anlaß gegeben hat, ein Urtheil zu bilden.“

Der „Siecle“ läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Ueber den Brief des Herzogs von Gramont ist das letzte Wort noch nicht gesprochen worden. Wir erhalten aus authentischer Quelle Auskünfte, aus denen hervorgeht, wie sehr jener Minister die Wahrheit verdreht hat. Folgendes hat stattgefunden: Es hatte seit 1866 das Uebereinkommen bestanden, daß Oesterreich und Frankreich sich gegenseitig die genaue Einhaltung des prager Vertrages verbürgten, d. h., daß einem Ueberschreiten der Main-Vinie und einem directen Angriffe auf die Autonomie der Südstaaten seitens Preußens Oesterreich und Frankreich mit bewaffneter Hand entgegenzutreten würden. Ein eigentlicher Vertrag, der unterzeichnet und paraphiert worden wäre, hat in dieser Richtung nicht bestanden; in allen Cabineten Europas war jedoch das franco-österreichische Einvernehmen über die Frage des prager Vertrages eine zugestandene bekannte Thatsache. Herr v. Bismarck selbst war hierüber vollständig im Reinen und hat die Hige der national-liberalen Partei mehr als einmal durch den Hinweis auf die Gefahren einer franco-österreichischen Coalition gemahigt. . . Damals hatte noch niemand eine Ahnung von dem hohenzoller'schen Zwischenfall und kein ernster Politiker wird sich beifallen lassen, zu glauben, daß die gegebenen Zusagen auf einen so ungeschickt (maladroite) angeregten Zank, wie ihn Frankreich anlässlich jenes Zwischenfalls ins Leben rief, hätten bezogen werden können, ein Zank, der nothwendig eine Annäherung Süd-Deutschlands an Preußen herbeiführen mußte und keinesfalls Interesse oder Begeisterung in Oesterreich wachrufen konnte.“

Setzen wir den schlimmsten Fall, nehmen wir an, der französische Botschafter in Wien habe das ihm Mitgetheilte nicht oder schlecht verstanden und das, was sich im Geiste der wiener Staatsmänner ausschließlich auf eine Verletzung des prager Vertrages bezog, für Erklärung einer allgemeinen und unbedingten Allianz genommen, so haben doch die vom Herrn v. Gramont angeführten Gründe nicht den mindesten Werth.

Wird vielleicht Herr v. Gramont zu leugnen wagen, daß beim Beginn des Conflicts, als er und seine Kollegen die Schicksale des Landes aufs Spiel setzten, daß er damals nicht aufs vollständigste unterrichtet gewesen? Wird er leugnen, daß in jener schmerzlichen Juliwöche, in welcher er die öffentliche Meinung irreführen suchte, er von Wien Depesche auf Depesche, Note auf Note erhielt, in denen auf „das präciseste“ gesagt wurde, daß Oesterreich nichts für Frankreich thun werde? Wird er leugnen, daß der für Frankreich so freundlich gesinnte Fürst Metternich ihm in Saint-Cloud in Gegenwart des Staatsoberhauptes eine confidentielle Note zeigte, die in der positivsten Weise an die frühere Erklärung erinnerte und ausdrücklich besagte, daß Oesterreich sich nicht von den Neutralen trennen werde? Wird er leugnen, daß Fürst Metternich in seiner Gegenwart den Kaiser bat, sich nicht auf ein so tollkühnes Unternehmen einzulassen, in welchem er ganz isoliert bleiben werde? Er wird das nicht leugnen, denn es sind Zeugen

und Documente vorhanden, die es unwiderleglich beweisen. Von dem ganzen Gerüchte, das er in seinem Briefe aufgeführt hat, erübrigt also nur eine unverschämte und willkürliche Entstellung der Wahrheit.“

Auch „Daily News“ drücken sich ungefähr in demselben Sinne wie die vorstehenden französischen Blätter über Gramonts Enthüllungen aus.

## Ueber die päpstliche Allocution

sagt die „Nordd. Allg. Zeitung“ Nachstehendes: „Nach der Kenntnissnahme des authentischen Textes ist jeder Zweifel an der Echtheit derselben ausgeschlossen, und doch sollte man den Augen nicht trauen. Wir haben es mit einem Documente zu thun, welches so wenig anständig ist, daß die wörtliche Wiedergabe des Inhalts sich von selbst verbietet. In der bekannten Uebersetzung aus dem Jesuitenblatte „Voce della Verità“ sind beispiellose Härten bis zur Unkenntlichkeit gemildert. Die alles wagende Kühnheit des feindlichen Jesuitenordens schreckte davor zurück, die volle Grausamkeit der Ausdrücke zu wiederholen, welche zu gebrauchen das katholische Kirchenoberhaupt nicht unter seiner Würde fand. Gewiß ein beispielloser Vorgang!“

Wer wollte nicht gerne die religiösen Gefühle der Mitchristen schonen; der Redacteur der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist selber Katholik; aber alles hat seine Grenzen. Der Echnismus, mit welchem jetzt die authentische Ansprache an die Cardinäle (eine Manifestation, welche bis in das letzte Pfarrhaus der Christenheit, bis in die dürftigste Hütte der katholischen Deutschen den Weg zu finden hat) über das Vaterland, über die Politik des Kaisers und seine Regierung sich ausgelassen; der Echnismus, der nach den Strafgesetzen eine Wiederholung der Einzelheiten unmöglich macht, darf nicht ungerügt bleiben. Es scheint fast, als acceptierte das Oberhaupt der Kirche den Verlust seiner Stellung als weltlicher Souverän, indem es auf die königliche Sprache verzichtet und in die Arena demagogischer Beredsamkeit hinabsteigt, welche vollen Spielraum gewährt, die Waffen der Verleumdung und der Lüge zu führen und Schmähworte in den Mund zu nehmen, deren ein Souverän sich schämen sollte gegenüber seinesgleichen.

Indem wir uns sagen, daß eine Ehrenkränkung des Kaisers eine umso unverzeihlichere Beleidigung der ganzen Nation enthält, je höher die Autorität dessen ist, der seinen religiösen Beruf in so unerhörter Weise zur Herabsetzung der Obrigkeit, welche ihre Gewalt von Gott hat, zu misbrauchen sich nicht entblödet, beschwichtigt unsere moralische Entrüstung über solch kolossale Unverschämtheit (ein Ausdruck aus dem Wortschatze der Allocution) nur das Bewußtsein der unabwieslichen Nothwendigkeit, daß im Gesetzgebungswege unverzüglich die Grenze zwischen Staat und Kirche gesteckt wurde. Diese Gesetzgebung ist eine Lebensfrage des deutschen Reiches.“

Die „Spener'sche Zeitung“ schreibt Folgendes: „Die Allocution des Papstes liegt im authentischen lateinischen Wortlaute vor. Was von der Rede bisher bekannt war, entspricht der italienischen Uebersetzung, welche dem Jesuiten-Blatte „Voce della Verità“ entnommen war. Die im Vatican geführte, wahrhaft unerhörte Sprache ist offenbar tendentiös abgeschwächt. Wir geben den lateinischen Text der auf Deutschland bezüglichen Worte wieder. Wenn wir eine getreue deutsche Uebersetzung veröffentlichen, stände ein Einschreiten des Staatsanwalts in bestimmter Aussicht. Die von uns gewählte Form schließt unseres Wissens den animus injuriandi aus. Die Reihe schwerer Beleidigungen, welche das Kirchenoberhaupt von

## Feuilleton.

### Blut um Blut

oder:

#### Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Mildenher.

I.

Trotz des glänzenden Sieges bei Marburg am 31. Juli 1760, den Ferdinand von Braunschweig über die Franzosen erfochten hatte, setzten sich dieselben nichts desto weniger im Heißhume fest und zogen Verstärkungen an sich, die der sehr gelichteten Armee des Marschalls Broglie ein wesentliches Bedürfnis waren.

Unter den Regimentern, die im September von Paris nach Cassel abgingen, befanden sich auch Auvergne und Piemont.

Piemont und Auvergne bildeten zusammen eine Brigade und waren seit lange gewöhnt, sich in die Vorbeeren zu theilen, die sie sich in zahllosen Feldzügen gemeinschaftlich erworben.

Aber der Ruhm gleicht einer coctetten Schönen, die in den Herzen ihrer Verehrer die Flammen der Eifersucht anfacht. Weit entfernt, mit einander in Kameradschaftlichkeit zu leben, herrschte zwischen beiden Regimentern vielmehr eine fast dem Neide gleichkommende gegenseitige Eifersucht.

Bei einer derartigen Stimmung reicht ein Zufall hin, den verbissenen Aergern in offenen Haß, die künstlich gepflegte Kameradschaft in unverjöhnliche Feindschaft zu verwandeln.

Ein solcher Zufall, reich an traurigen Folgen, ereignete sich im Jahre 1758, zwei Jahre vor der Epoche, mit der unsere Erzählung beginnt.

Die beiden Regimenter lagen damals in St. Goar, wo sie einige Rasttage hatten.

Um die Langeweile zu vertreiben, die ein unfreiwilliger Aufenthalt an einem kleinen, fremden Orte unvermeidlich mit sich bringt, kamen die Offiziere der beiden Regimenter alle Abende im Gasthause „Zum wilden Manne“ zusammen, wo sodann gewöhnlich hohes Hazardspiel getrieben wurde.

Eines Abends nun hatte ein Capitän von Piemont, Herr de Buguignon de Foncolombe, im Pharo sein ganze Varschaft verloren und voll Zorn über sein Unglück die Karten auf den Tisch geworfen, wobei er fluchend aufgesprungen war und sodann den Saal mit einer Aeußerung verlassen hatte, die der Gewinnende auf sich beziehen und als eine grobe Beleidigung betrachten mußte.

Letzterer war Graf de Pourmel, auch Capitän, aber nicht im Regimente Piemont, sondern im Regimente Auvergne.

Auch er stand vom Spieltische auf und folgte dem Beleidigten.

Der Vorfall wurde allgemein bedauert, denn niemand verhehlte sich seine Folgen. Man kannte die Reizbarkeit Foncolombes, man wußte andererseits auch, daß Graf de Pourmel eine Beleidigung nicht auf sich sitzen ließ, und so stand ein Duell außer Frage.

Allein man täuschte sich in seiner Erwartung. Zum größten Erstaunen aller kam es nicht zum Zweikampfe, sondern der Graf de Pourmel antwortete am andern

Morgen seinen Freunden, die ihn um den Ausgang der Sache befragten, daß alles abgemacht sei, indem Herr de Foncolombe ihn wegen seiner Festigkeit um Entschuldigung gebeten habe.

Diese überraschende Mittheilung machte Graf de Pourmel seinen Kameraden, als Auvergne und Piemont eben ihre Marschcolonnen formierten, denn die beiden Regimenter hatten Befehl erhalten, St. Goar zu verlassen.

Unbegreiflicherweise fehlte, nachdem alle übrigen Offiziere längst am Aufstellungsplatze waren, Foncolombe noch immer bei seiner Compagnie. Man schickte nach ihm in sein Quartier und fand — seine Leiche.

In welche Bestürzung und Aufregung diese entsetzliche Begebenheit die beiden Regimenter versetzte, läßt sich denken. Man verlor sich in Vermuthungen über den Urheber des schrecklichen Verbrechens, denn daß hier ein Verbrechen, daß ein Mord begangen worden sei, stand fest.

Foncolombe hatte einen Stich in der Gegend des Herzens, der von einem dreischneidigen dünnen Degen, wie ihn die französischen Offiziere trugen, herzuführen schien. Nur ein paar Blutstropfen im Hemde bezeugten die Stelle der Wunde, die sich wieder geschlossen hatte. Ohne Zweifel war der Tod infolge innerer Verblutung eingetreten.

Die Leiche lag ausgestreckt auf dem Rücken mitten im Zimmer. Der Degen des Getödteten hing in der Scheide über dem Bette. Auf dem Tisch stand die ausgebrannte Lampe, neben dieser lagen die Uhr, die goldene Tabatière und eine mit Gold gefüllte grüne Bärse. Mit Ausnahme des Rockes, der über



seiner hohen Stelle in seiner Ansprache an die Cardinäle und mit der Bestimmung, dem Klerus und den Vätern der ganzen Christenwelt bekannt zu werden, dem deutschen Reiche und dessen erhabenen Oberhaupt ins Antlitz zu schleudern wagte, sucht ihres Gleichen in der modernen Geschichte. Die Unverschämtheit (der Papst braucht das Wort impudenter) Benedetti's dem Könige gegenüber ist hier weit überboten. Das deutsche Nationalgefühl wird sich aber Rom gegenüber so wenig verleugnen, wie damals gegenüber Frankreich. Was heute dem Kaiser geboten wird, ist eine größere Unbill als das emser Attentat.

Die „Spener'sche Zeitung“ theilt hierauf die auf Deutschland bezügliche Stelle der Allocution in lateinischem authentischem Texte mit. Das Original ist „in aedibus vaticanis“ gedruckt.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 1. Jänner.

Die „N. Fr. Pr.“ meldet aus Berlin: Die „Spener. Ztg.“ beleuchtet in einem offenbar officiösen Artikel den Gramont-Schwindel und betont das freundschaftliche Einvernehmen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland seit Dezember 1870, erhöht durch Andrássy's Berufung zur Leitung der Politik des Gesamtstaates und durch die wiederholten Begegnungen der Herrscher beider Reiche. Unter solchen Umständen habe es wenig politisches Interesse, in der Geschichte der Vergangenheit zu wühlen oder etwaige Absichten bei dem Kriegausbruche zu untersuchen. Die Staatenpolitik richtet sich nicht nach den Regeln der Privatmoral. Nach der Entfaltung des deutschen Reiches ist zweifellos das Interesse Oesterreichs: freundschaftliche Beziehungen mit dem mächtigen Reiche zu pflegen, — was hinter der Zeit liegt, kümmert und erbittert uns nicht. Schließlich citirt der Artikel einen Ausspruch Andrássy's bei der Abmachung Oesterreichs gegen die Parteinahme: „Ich leugne nicht, daß ich Sympathien für Frankreich hege, aber welcher Staatsmann handelt nach Sympathien?“

Officiöse berliner Nachrichten über die Hoffestlichkeiten, welche für den Winter in Aussicht genommen sind, lassen erkennen, daß die Aerzte für den Kaiser große Schonung für geboten halten; infolge dessen sind auch die Mittheilungen, welche mit großer Bestimmtheit von der bevorstehenden Reise des Kaisers nach Petersburg sprechen, mit Vorsicht aufzunehmen; bei all solchen Plänen haben jetzt, nachdem die diplomatischen Verhandlungen darüber zu Ende geführt sind, die Aerzte das letzte Wort mitzusprechen.

„Blen Public“ schreibt: „Wenn die Nachrichten über die Wiederübernahme der luxemburgischen Eisenbahn richtig sind, so müssen wir die Regierung auffordern, auf ihrer Puth zu sein. Die luxemburgischen Linien sind strategische Wege von hoher Wichtigkeit; wir werden nicht zugeben können, daß sich Preußen, selbst nur indirect, dort festsetze, ohne gegen die Pflichten zu verstoßen, welche uns die Neutralität gegen Frankreich auferlegt.“ — Der Senat votierte das Refruten-Contingent, nahm einen Gesetzentwurf an, welcher die Einfuhr von Lebensmitteln freigeibt, und vertagte sich sodann.

„Kappel“ meldet: „Man zeigt an, daß bei der Rückkehr der Assemblée ein Gesetzentwurf eingereicht werden soll, der dahin geht, die Attributionen des Staatsrathes bis zum Gebiete der Gesetzgebung zu erweitern, um die Bildung einer zweiten Kammer zu vermeiden.“

Ein Schreiben des gewesenen Gesandten in Spanien, Mercler, weist unter Anführung eines Briefes Napoleons vom 3. October 1868 und der vom damaligen Minister des Aeußern, Marquis de Ravaletti, unter dem 16. Februar 1869 erlassenen Instructionen nach, daß die französische Regierung stets eine strikte Neutralität gegen Spanien beobachtete und daß die Aufstellung der Candidatur Hohenzollern keineswegs durch die angebliche Opposition der französischen Regierung gegen die Wahl Montpensiers veranlaßt wurde.

Die Nachricht einiger Blätter, daß das italienische Ministerium aus dem Gesetze über die religiösen Körperschaften die Bestimmungen bezüglich der Generalatshäuser zu entfernen beabsichtige, welche Gegenstand eines besonderen Gesetzes werden sollen, wird von der „Agenzia Stefani“ als erfunden bezeichnet. — Der „Opinione“ zufolge haben die mit England und Frankreich begonnene Unterhandlungen wegen Verbesserung der für Italien bestimmten englischen Correspondenz über Frankreich zu einem günstigen Ergebnisse geführt.

Von allen Großmächten hat auf Frankreich und Italiens Veranlassung Rußland allein bisher seine Vermittlung in der Laurion-Frage angeboten und dem griechischen Cabinet Mäßigung und Verschönllichkeit anempfohlen. Andere Mächte haben bisher noch keinen Schritt unternommen.

## Wiener Weltausstellung 1873.

Ueber die Vorbereitungen Japans für die Weltausstellung liegen folgende Nachrichten vor: Die japanische Commission nimmt 12.000 Quadratfuß im Ausstellungspalaste und 12.000 Quadratfuß im Parke in Anspruch. In dem letzteren sollen einige Häuser aufgeführt werden, welche bereits angefertigt sind, in einzelne Theile zerlegt nach Wien transportiert und daselbst wieder zusammengefügt werden sollen. Ein Specialagent der japanischen Commission, Sekizugawa, wird nächstens in Wien mit den nöthigen Vollmachten und Geldmitteln eintreffen, um alle weiteren Vorbereitungen durchzuführen. Japanische Arbeiter werden bald nachfolgen. — Die japanische Commission, welche sich in Wien einfinden wird, dürfte die Zahl von 30 Personen übersteigen. An der Spitze derselben wird der Prinz Arisugawa No Mia, Onkel des Mikado, stehen. Der Staatsrath Okuma wird ihn begleiten. Als Secretär der Commission wird Herr Sanno, erster Secretär des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, fungieren. Der Mikado selbst geht mit der Absicht um, die Ausstellung zu besuchen. Für die Verschiffung der Ausstellungsobjecte nach Triest wurde ein eigenes Schiff ausgerüstet, welches von Japan direct nach Triest Mitte Jänner abgehen wird.

Außer der japanischen Regierung und den japanischen Industriellen wird auch die schweizerische Firma „Bavler und Comp.“ sich an der japanischen Ausstellung betheiligen. Dieselbe will die gesammte japanische Seidenproduction von der Behandlung der „graines“ angefangen, bis zur Aufertigung der schönsten Gewebe mit allen Werkzeugen und Maschinen zur Ausstellung bringen.

Das „Journal de Debats“ vom 26. v. M. theilt mit, daß die französische Regierung außer den bereits bewilligten 1.200.000 Fres. noch einen Nachtragscredit von 300.000 Fres. für die Zwecke der Weltausstellung in Wien in Anspruch nahm. Das erwähnte Journal motiviert in einem eingehenden Artikel diese Forderung

durch die großen Dimensionen, welche die Betheiligung Frankreichs angenommen, das nicht hinter den anderen Staaten zurückbleiben dürfe. Trotz aller Reductionen erwies sich der für die 3000 französischen Aussteller reservierte Raum als ungenügend und mußte zu Zubauten im Ausmaße von 3000 Meter geschritten werden, um neben den Collectivausstellungen jene des Unterrichtswesens, der Telegraphie, so wie die Expositionen Algiers und der Colonien u. s. f. aufzunehmen. Das Journal erwähnt ferner, daß überdies die verschiedenen Handelskammern große Geldopfer gebracht haben. Der Eifer Frankreichs für die Ausstellung sei ein begeisterter, denn es gelte die ungeschwächte Lebenskraft und ungetrübte Bedeutung der französischen Production zu zeigen.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät sind am 30. v. M. von Gödöllö nach Wien zurückgekehrt.

— (Allerhöchste Spende.) Seine Majestät der Kaiser haben für die durch die letzten Ueberschwemmungen in Kärnten vornehmlich im politischen Bezirke Hermagor Verunglückten eine Unterstützung von 3000 fl. aus Allerhöchstihren Privatmitteln huldreichst zu spenden geruht. Dieser allernüchternst gespendete Betrag wurde unverzüglich seiner Bestimmung zugeführt.

— (Hofnachrichten aus Petersburg.) Das am 29. Dezember vormittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr ausgegebene Bulletin meldet: Der Großfürst Thronfolger verbrachte die Nacht ruhig und schlief durch fünf Stunden. Das Fieber hat weder ab-, noch zugenommen; der Kräftezustand ist sehr zufriedenstellend.

— (Die neuen Frachtbriefe), die mit Genehmigung des k. k. Handelsministeriums und des k. ungarischen Communicationsministeriums vom 1. Jänner 1873 ab auf allen Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie eingeführt werden, unterscheiden sich von den bisher üblichen dadurch, daß 1. statt der Berufung auf das Güterreglement des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltung die Berufung auf das neue Betriebsreglement für Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie platzgreift, und daß 2. für die im vorhinein und nach Eingang zu zahlenden Nachnahmen getrennte Rubriken eröffnet werden. Außerdem muß jeder Frachtbrief von einer österreichisch-ungarischen Bahnverwaltung abgestempelt sein und wird diese Abstempelung von den Bahnverwaltungen bezüglich jener Frachtbriefe, welche die Parteien sich selbst auflegen lassen, gegen ein Entgelt von  $\frac{1}{20}$  Kreuzer per Stück besorgt; für den Verkehr mit dem Auslande bleiben die bisher im Gebrauche gestandenen Frachtbriefformulare auch ferner in Verwendung.

— (Von der Nationalbank.) Die Generalversammlung der priv. österr. Nationalbank findet Samstag, den 18. Jänner 1873, um halb 7 Uhr abends in Wien statt.

— (Der Schulpfennig-Verein für Klagenfurt) und Umgebung hat im verflossenen Schuljahre 4000 fl. bar eingenommen und zahlreiche Gaben an Kleidern und anderen Gegenständen empfangen. Hievon wurden 260 Knaben und 290 Mädchen bekleidet; noch größer ist die Zahl jener Schulkinder, welche dieser Verein mit Lehrmitteln versehen.

— (Ein kolossales Baudenkmal.) König Ludwig von Baiern läßt mitten in der majestätischen Gebirgsnatur von Oberammergau eine kolossale Kreuzigungsgruppe aufstellen. Es wird dies ein Werk sein, welches neben der Bavaria des Königs Ludwig I. zu dem Großartigsten gehören wird, was Menschenhände auf dem Gebiete der Kunst geschaffen. Die Gesamthöhe dieser kolossalen Gruppe wird 40 Fuß betragen, die ganze Breite des Unterbaues mit Sockelplatte 25 Fuß, die Sockelhöhe der beiden Nebenfiguren 12 Fuß, die Höhe der Figuren selbst mit Plinthe 13 Fuß. Jede derselben hat eine Schwere von 400 Zentnern, die Figur des Heilandes mit Kreuz und Aufsatz aus einem Stück hat im Bruchmaße ein Gewicht von 1400 Zentnern, überhaupt wird für das ganze Werk eine Marmor Masse von 4000 Kubikfuß erfordert. An den beiden Nebenfiguren wird schon tüchtig im Atelier des münchener Meisters Hottig gearbeitet, und es kann voraussichtlich schon im Sommer 1874 die Aufstellung der ganzen Gruppe auf dem vom König selbst ausgewählten Plage, der eine herrliche Rundschau bietet, erfolgen.

— (Neue Telegraphenleitung.) Wie der „Independance“ unter dem 26. d. M. aus Hongkong telegraphiert wird, will der Mikado von Japan die Vollendung der telegraphischen Verbindung zwischen Japan und Europa feierlich begehen. Er beabsichtigt u. a. Telegramme an alle europäischen Regierungen abzusenden.

— (Riesen-Diamant.) Am Cap der guten Hoffnung wurde ein 288 Karat schwerer Diamant gefunden. Die Farbe ist hellgelb und die Form gut, obwohl an der Oberfläche leichte Ritzge bemerkt werden. Welchen Werth die Diamantenkenner diesem Steine beilegen werden, bleibt abzuwarten und hängt wesentlich von der Art, wie er sich schleifen läßt, ab. Sein Gewicht ist bisher größer, als das irgend eines bekannten Diamanten. Denn der große russische Diamant wiegt nur 192 und der Pitt Diamant nur 136 Karat.

einem Stuhle hing, war der Ermordete vollständig bekleidet.

Von einem Raubmorde war also keine Rede, denn auch der Koffer, in welchem Foncolombe, zum Abmarsche bereit, seine Effecten gepackt hatte, stand verschlossen und unverletzt im Zimmer.

Dies alles constatirte die Commission, die zur Untersuchung des Thatbestandes sofort zusammengekehrt worden war; allein über den Mörder blieb man im Dunkeln, denn nirgends ließ sich auch nur die geringste Spur auffinden, die zu dessen Entdeckung geführt hätte.

Die natürliche, unausbleibliche Folge davon war, daß auf dem weiten Felde der Vermuthung alle möglichen Gerüchte aufstauten, daß man von feiger Verätherei, von menschenlicher Beiseiteschaffung eines gefährlichen Gegners murmelte, kurz, daß Dinge behauptet wurden, die für die Ehre des Grafen de Pourmel geradezu vernichtend waren. Man erzählte sich erst leise, dann aber ganz laut, daß zwei Offiziere des Regiments Piemont, die ziemlich spät von jener Reunion, in der es zum Streit gekommen, heimgegangen und an der Wohnung des Capitäns Foncolombe vorbeigekommen waren, aus dieser den Grafen de Pourmel herauskommen gesehen. Was hatte de Pourmel noch so spät im Hause seines Gegners zu thun?

Die Verzweiflung des Grafen war grenzenlos, als er nur zu deutlich erkannte, welche entsetzlicher Argwohn durch diese fatale Verletzung von Umständen gegen ihn hervorgerufen werde. Er konnte sich nicht verhehlen, daß der Schein gegen ihn sprach, daß namentlich seine Anwesenheit im Hause des Getödteten, die er durchaus nicht in Abrede stellte, den gräßlichsten Verdacht erregen mußte.

Er beeilte sich, hierüber die detaillirtesten Erklärungen abzugeben. Als auch er den Spielfisch verlassen, traf er unten auf der Straße mit Foncolombe zusammen, der auf ihn gewartet zu haben schien. Herr de Foncolombe, erzählte de Pourmel, sei auf ihn gekommen und habe auf die artigste Weise wegen dieses Vorfalles um Entschuldigung gebeten; dann habe er ihn ersucht, mit ihm auf sein Zimmer zu gehen, indem er betheuerte, daß es seinem Herzen ein Bedürfnis sei, ihm vertrauliche Mittheilungen zu machen, die sein Benehmen am Spieltische, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch wenigstens in einem milderen Lichte erscheinen lassen würden. Er, der Graf, habe eingewilligt und sei mitgegangen; über die Unterredung selbst könne er sich aber aus Discretion nicht näher aussprechen, nur so viel sei er im Stande zu beschwören, daß sie eine vollkommen friedliche gewesen und mit einer aufrichtigen Versöhnung geendet habe. Nach Mitternacht habe er Foncolombe verlassen und sich nach Hause begeben, wo er bis zur Stunde des Ausrückens geblieben sei. Schließlich bat er, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen, bis seine Unschuld durch die gerichtlichen Nachforschungen völlig erwiesen sei.

Das Offizierscorps seines Regiments wird diesen Antrag einstimmig zurück. Für die Offiziere seines Regiments war der Graf über jeden Verdacht erhaben; alle schätzten und liebten ihn, alle kannten seinen loyalen, biederen und versöhnlichen Charakter. Ihn in dieser Sache einer Untersuchung zu unterwerfen, wäre für seine Ehre, ja für die Ehre des ganzen Corps compromittierend gewesen. Man wollte nichts davon hören und beschloß, die ganze Geschichte auf sich beruhen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)



